

## Protokoll 86. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 2. November 2011, 17.00 Uhr bis 19.01 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Marc Bourgeois (FDP), Dr. Ueli Nagel (Grüne), Bruno Sidler (SVP), Ruggero Tommezzoli (SVP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Dr. Richard Wolff (AL)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2011/377](#) \* E Postulat von Linda Bär (SP) und Jacqueline Badran (SP) vom 05.10.2011: FV  
Versand des Dankesbriefs für die Steuerleistung nach dem Zufallsprinzip oder Verzicht
3. [2011/378](#) \* E Postulat der SP-Fraktion vom 05.10.2011: FV  
Rechnungen für Dienstleistungen Dritter, Einhaltung einer Zahlungsfrist von 30 Tagen
4. [2011/379](#) \* E Postulat der SP-Fraktion vom 05.10.2011: FV  
Ausbau der elektronischen Dienstleistungen im Verkehr mit der Bevölkerung und dem Gewerbe
5. [2011/375](#) \* E Postulat von Markus Hungerbühler (CVP) und Daniel Meier (CVP) vom 05.10.2011: PV  
Wiedereinführung der polizeilichen Datenbank GAMMA
6. [2011/380](#) \* E Postulat der CVP-Fraktion vom 05.10.2011: VSS  
Stadion Letzigrund, Umgestaltung des Aussenzauns zur Verbesserung der Sicherheit
7. [2011/381](#) \* E Postulat der CVP-Fraktion vom 05.10.2011: VSS  
Verstärkte Personenkontrolle beim Einlass zu den Heimspielen des FCZ und GCZ
8. [2011/382](#) \* E Postulat der CVP-Fraktion vom 05.10.2011: VSS  
Ausarbeitung eines Sicherheitskonzepts für sämtliche Nutzerbedürfnisse in und um das Stadion Letzigrund

- |     |                          |                |   |     |
|-----|--------------------------|----------------|---|-----|
| 9.  | <a href="#">2011/374</a> | *<br>A/P<br>** | Motion der CVP-Fraktion vom 05.10.2011:<br>Stadtpolizei Zürich, Aufstockung des aktiven Sollbestands um<br>60 Personen  | PV  |
| 10. | <a href="#">2011/305</a> |                | Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR), Teilrevision   | -   |
| 11. | <a href="#">2011/306</a> |                | Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR),<br>Teilrevision  | -   |
| 12. | <a href="#">2011/252</a> |                | Weisung vom 06.07.2011:<br>Verein Offene Jugendarbeit Zürich (OJA), Beiträge 2012 bis<br>2015 für das Angebot «Job Shop/Info Shop»  | VS  |
| 13. | <a href="#">2011/288</a> |                | Weisung vom 13.07.2011:<br>Stiftung «Pro Offene Türen der Schweiz», Beiträge 2012 bis<br>2015 für das Selbsthilfezentrum Zürich   | VS  |
| 14. | <a href="#">2011/309</a> |                | Weisung vom 24.08.2011:<br>Grün Stadt Zürich, Kauf des ETH-Lehrwaldes, Tausch von<br>Waldparzellen zwischen Stadt und Kanton Zürich, Objektkredit   | VTE |
| 15. | <a href="#">2011/222</a> | A/P            | Dringliche Motion der Fraktionen SP, Grüne und GLP vom<br>22.06.2011:<br>Schaffung von zusätzlichem Platz für Fussgängerinnen und<br>Fussgänger, Velofahrende und für Begegnungszonen rund um<br>die städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesser-<br>linie | VTE |
| 16. | <a href="#">2011/125</a> | A              | Dringliches Postulat von Samuel Dubno (GLP) und Martin Luch-<br>singer (GLP) vom 13.04.2011:<br>Aufhebung der Verlängerung des Zeltwegs und Aufwertung des<br>Heimplatzes im Rahmen des Kunsthaus-Neubaus   | VTE |
| 17. | <a href="#">2011/205</a> | E<br>A/P       | Dringliche Motion von Dr. Urs Egger (FDP) und 16 Mitunter-<br>zeichnenden vom 08.06.2011:<br>Verordnung über die Volksschule, Schaffung einer zentralen<br>Stelle zur Koordination der Nutzung der Turnhallen und schuli-<br>schen Sportanlagen                       | VSS |
| 18. | <a href="#">2011/317</a> | A              | Dringliches Postulat von Monika Erfigen (SVP) und Marianne<br>Aubert (SP) vom 31.08.2011:<br>Umbau Badi Oberer Letten, Verzicht auf das Einrichten von ge-<br>mischten Garderoben   | VSS |

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

### 1893. 2011/399

#### Ratsmitglied Dr. Zora Ledergerber (GLP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Dr. Zora Ledergerber (GLP 3) auf den 2. November 2011 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

### 1894. 2011/392

#### Interpellation von Michèle Halser-Furrer (EVP) und 12 Mitunterzeichnenden vom 26.10.2011:

#### Gas- und Fernwärmeversorgung in Zürich-Nord, Versorgungsnetz und Tarifpolitik

Michèle Halser-Furrer (EVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 9. November 2011 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 1895. 2011/403

#### Erklärung der Grüne-Fraktion vom 02.11.2011: Die Hardbrücke ist saniert

Namens der Grüne-Fraktion verliest Markus Knauss (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Die Hardbrücke ist saniert – und jetzt?

Die Freunde ungebremster Automobilität dürfen jubiliere – die Hardbrücke ist saniert. 100 Millionen Franken ausgegeben, um eine vierzigjährige Fehlplanung für die nächsten vierzig Jahre fit zu trimmen.

Nur: in der Zwischenzeit hat sich herausgestellt, dass statt neu vier Spuren für Autos, zwei Spuren eigentlich gereicht hätten. Noch nie war in den letzten 10 Jahren so wenig Stau rund um die Hardbrücke, wie während den letzten drei Jahren Bauzeit. Und die Stadt Zürich hat deshalb beschlossen, den Zustand an der Hardbrücke mit reduziertem Verkehr und mit dem Segen des Kantons Zürich aufrecht zu erhalten. Denn die ganzen Strassenkapazitäten entlang der Westtangente sind reduziert worden oder werden noch reduziert. Im Süden wegen der flankierenden Massnahmen, die gegen den Kanton Zürich erstritten worden sind. Im Norden wird die Einhausung Schwamendingen, mit dem Segen übrigens der kantonalen SVP, während Jahren zu einer deutlichen Verkehrsreduktion führen. Aber auch dort wird der Fehler wiederholt. Was während Jahren mit deutlich weniger Verkehr bestens funktioniert, könnte doch auch für länger funktionieren. Die Hardbrücke macht es vor.

Immerhin: der Fuss- und Veloweg bis zum Bahnhof Hardbrücke wurde deutlich verbreitert. Und weise war auch der Entscheid des Gemeinderates, mehr Veloabstellplätze am Bahnhof bauen zu lassen, als das TED unter Martin Waser seinerzeit vorgesehen hatte. Und immerhin wurden schon Vorinvestitionen für den Bau des Trams über die Hardbrücke vorgenommen. Dass der Bau dieser Tramlinie erst nach der vorliegenden Sanierung kommt, ist ärgerlich. Ebenso ärgerlich, wie die Tatsache, dass der Kanton Zürich und die SBB, trotz der seit Jahren stark steigenden Passagierzahlen, bis heute noch nicht einmal in der Lage sind, ein Konzept für einen Ausbau des Bahnhofs Hardbrücke vorzulegen. Immerhin sind nun im Agglomerationsprogramm 150 Millionen vorgeschlagen.

Nun denn: eine Brücke ist eine Brücke. Welcher Verkehr dann dereinst darauf fährt, ist offen. Mit der Planung des Trams Hardbrücke ist ein erster Schritt gemacht. Weitere müssen folgen. So halten wir nach wie vor am Rosengartentram fest. Und auch einen Veloweg über die Hardbrücke, statt der überdimensionierten Autospur, werden wir mit Freuden weiter verfolgen.

**1896. 2011/404**  
**Erklärung der AL-Fraktion vom 02.11.2011:**  
**Wohnpolitik in Zürich**

Namens der AL-Fraktion verliest Niklaus Scherr (AL) folgende Fraktionserklärung:

Wohnpolitischer Wahnsinn aus der HEV-Küche

„Wohnpolitischer Wahnsinn“ titelt der Hauseigentümerverband seine halbamtliche Schleichwerbung im Tagblatt von heute. Schon hofft man, auch in diesen Kreisen sei die späte Erkenntnis gereift, dass der Stadtzürcher Wohnungsmarkt völlig aus den Fugen geraten ist und es so nicht weitergehen kann. Leider weit gefehlt! Was den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern da aufgetischt wird, ist zwar pu-rer Wahnsinn, aber es hat Methode. In der Märlistunde unseres 1. Vizepräsidenten und verehrten Kollegen Leiser werden echte Schreckmümpfeli verteilt, um den wohnpolitischen Grundsatzartikel abzuschliessen, den wir mit breitem Mehr in diesem Rat verabschiedet haben.

Schreckmümpfeli Nr. 1: Um das anvisierte Ziel – ein Drittel der Mietwohnungen in gemeinnütziger Hand – zu erreichen, müsse die Stadt sagenhafte 15.6 Milliarden Franken in die Hand nehmen und „massive Steuererhöhungen“ schultern. Das einzig Richtige an dieser Zahl ist, dass damit der Bau von 24'000 Wohnungen finanziert werden kann. Dass aber die Stadt in den nächsten Jahrzehnten selber sovielen Wohnungen bauen und finanzieren soll, ist völlig aus der Luft gegriffen. Gemeinnützige Wohnungen werden wie schon bisher weitgehend von den privaten Baugenossenschaften erstellt werden – ohne Beanspruchung der Steuerzahlenden. Und soweit sie von der Stadt erstellt werden, kosten sie den Steuerzahler ebenfalls nichts, weil Kapital- und Betriebskosten voll durch die kostendeckenden Mieterträge gedeckt sind. Den Unterschied zwischen einer Ausgabe und einer ertragsabwerfenden Investition sollte unser Vizepräsident nach zwölf Jahren Ratszugehörigkeit doch immerhin kennen.

Schreckmümpfeli Nr. 2: Auch die Befürworter gehen davon aus, dass zur Erreichung des wohnpolitischen Ziels vermehrte Liegenschaftenkäufe durch die Stadt wünschbar und nötig sind. Dass diese aber Liegenschaftpreise und Mieten massiv nach oben treiben würden, ist eine weitere Hauseigentümer-Legende. Tatsache ist: in Zürich wechseln pro Jahr rund 1'000 Liegenschaften die Hand. Die städtische Stiftung PWG hat in den letzten zehn Jahren im Schnitt 10 Liegenschaften – mit jeweils 50 Wohnungen - pro Jahr gekauft: das ist gerade mal 1 von 100. Wenn die PWG künftig doppelt oder dreimal soviel kauft, würde ihr Kaufanteil von 1% auf 3% steigen. Dass damit der städtische Wohnungsmarkt aus den Fugen gerät, ist eine mehr als kühne Behauptung.

Hausbesitzer und grosse Verwaltungen schiessen aus allen Rohren gegen unseren wohnpolitischen Grundsatzartikel. Ich frage sie darum zurück:

- Was haben sie denn unternommen, um dem alltäglichen Spekulations-Wahnsinn auf dem Zürcher Wohnungsmarkt etwas entgegenzusetzen?
- Was haben sie an Lösungen zu bieten, ausser laut mehr Markt, mehr Markt, mehr Markt zu rufen?

Und was sind eigentlich die Motive unserer Gegner, so unbedarft zum Zweihänder zu greifen? In seiner Publireportage lässt Albert Leiser zum Schluss die Katze aus dem Sack, wenn er schreibt: „Im Durchschnitt bezahlen Mieter in gemeinnützigen Wohnungen 30% weniger als in normalen Wohnungen.“ So einfach ist das: Vermieter, die nicht den Maximalprofit aus ihren Liegenschaften pressen, sondern bloss ihre vollen Kosten decken und damit weitaus preisgünstiger vermieten können, sind den Statthaltern des Grundeigentums ein Dorn im Auge. Dass ihnen FDP und SVP dabei kritiklos folgen, sollten den über 90% Mieterinnen und Mieter in unserer Stadt zu denken geben.

## G e s c h ä f t e

**1897. 2011/377**  
**Postulat von Linda Bär (SP) und Jacqueline Badran (SP) vom 05.10.2011:**  
**Versand des Dankesbriefs für die Steuerleistung nach dem Zufallsprinzip oder Verzicht**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der FDP-Fraktion stellt Severin Pflüger (FDP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**1898. 2011/378**

**Postulat der SP-Fraktion vom 05.10.2011:  
Rechnungen für Dienstleistungen Dritter, Einhaltung einer Zahlungsfrist von 30  
Tagen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Bruno Amacker (SVP) einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**1899. 2011/379**

**Postulat der SP-Fraktion vom 05.10.2011:  
Ausbau der elektronischen Dienstleistungen im Verkehr mit der Bevölkerung und  
dem Gewerbe**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Bruno Amacker (SVP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**1900. 2011/375**

**Postulat von Markus Hungerbühler (CVP) und Daniel Meier (CVP) vom 05.10.2011:  
Wiedereinführung der polizeilichen Datenbank GAMMA**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrates bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der AL-Fraktion stellt Alecs Recher (AL) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Markus Hungerbühler (CVP) vom 26. Oktober 2011 (vergleiche Protokoll-Nr. 1843/2011).

Die Dringlicherklärung wird von 48 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**1901. 2011/380****Postulat der CVP-Fraktion vom 05.10.2011:****Stadion Letzigrund, Umgestaltung des Aussenzauns zur Verbesserung der Sicherheit**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrates bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der AL-Fraktion stellt Alecs Recher (AL) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Markus Hungerbühler (CVP) vom 26. Oktober 2011 (vergleiche Protokoll-Nr. 1844/2011).

Die Dringlicherklärung wird von 61 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**1902. 2011/381****Postulat der CVP-Fraktion vom 05.10.2011:****Verstärkte Personenkontrolle beim Einlass zu den Heimspielen des FCZ und GCZ**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrates bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der AL-Fraktion stellt Alecs Recher (AL) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Markus Hungerbühler (CVP) vom 26. Oktober 2011 (vergleiche Protokoll-Nr. 1845/2011).

Die Dringlicherklärung wird von 84 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**1903. 2011/382****Postulat der CVP-Fraktion vom 05.10.2011:****Ausarbeitung eines Sicherheitskonzepts für sämtliche Nutzerbedürfnisse in und um das Stadion Letzigrund**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrates bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der AL-Fraktion stellt Alecs Recher (AL) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Markus Hungerbühler (CVP) vom 26. Oktober 2011 (vergleiche Protokoll-Nr. 1846/2011).

Die Dringlicherklärung wird von 10 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**1904. 2011/374**

**Motion der CVP-Fraktion vom 05.10.2011:**

**Stadtpolizei Zürich, Aufstockung des aktiven Sollbestands um 60 Personen**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Markus Hungerbühler (CVP) vom 26. Oktober 2011 (vergleiche Protokoll-Nr. 1842/2011)

Die Dringlicherklärung wird von 45 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**1905. 2011/305**

**Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR), Teilrevision**

Ausstand: Marina Garzotto (SVP)

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschluss Nr. 1702 vom 14. September 2011:

Zustimmung:	Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Irene Bernhard (GLP), Christina Hug (Grüne), Mario Mariani (CVP)
Abwesend:	Min Li Marti (SP), Dr. Ueli Nagel (Grüne)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

Es werden keine weiteren Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem Antrag der Redaktionskommission stillschweigend zu.

Schlussabstimmung

Das Büro des Gemeinderats beantragt die Teilrevision der Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR) gemäss Kommissionsantrag vom 7. März 2011.

Die Minderheit des Büros beantragt Ablehnung der Teilrevision.

Mehrheit: Mark Richli (SP), Referent; Präsidentin Marina Garzotto (SVP); 1. Vizepräsident Joe A. Manser (SP), 2. Vizepräsident Albert Leiser (FDP), Martin Abele (Grüne), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Urs Rechsteiner (CVP), Gian von Planta (GLP)  
 Minderheit: Mauro Tuena (SVP), Referent  
 Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP), Verena Röllin (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 29 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

**Die Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR) wird wie folgt geändert:**

Der Gemeinderat erlässt, gestützt auf Art. 26, Abs. 1 der Gemeindeordnung, folgende Änderungen zur Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR):

**[Art. 14 Erstellen der Tagliste]**

<sup>1</sup>[...]

<sup>2</sup>[...]

<sup>3</sup>Die Pause zwischen einer ordentlichen und einer gemäss Abs. 2 einberufenen Sitzung beträgt 30 Minuten.

<sup>4</sup>[...]

<sup>5</sup>[...]

**[Art. 25 Redezeit]**

<sup>1</sup>Die Redezeit für die Berichterstattung über Weisungen, für die Begründungen der Mehrheits-, Minderheits- und Rückweisungsanträge sowie zur Begründung übriger Geschäfte beträgt zehn Minuten. In der Diskussion ist sie auf fünf Minuten beschränkt.

<sup>2</sup>[...]

<sup>3</sup>[...]

<sup>4</sup>Bei gemeinsamer Behandlung von Vorstössen können die Redezeiten der gleichen Person nicht kumuliert werden.

**[Art. 56 Spezialkommissionen]**

<sup>6</sup>Die Planung der Kommissionsarbeit erfolgt einvernehmlich zwischen den Präsidien der Spezialkommissionen und den zuständigen Departementsvorstehenden. Das Büro wird über die Planung informiert. Es entscheidet über die Traktandierung im Rat.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 9. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 8. Dezember 2011)

**1906. 2011/306**

**Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR), Teilrevision**

Ausstand: Marina Garzotto (SVP)

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschluss Nr. 1703 vom 14. September 2011:

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Irene Bernhard (GLP),  
Christina Hug (Grüne), Mario Mariani (CVP)

Abwesend: Min Li Marti (SP), Dr. Ueli Nagel (Grüne)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

Es werden keine weiteren Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem Antrag der Redaktionskommission stillschweigend zu.

#### Schlussabstimmung

Das Büro des Gemeinderats beantragt die Teilrevision der Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR) gemäss Kommissionsantrag vom 7. März 2011.

Zustimmung: Alecs Recher (AL), Referent; 1. Vizepräsident Joe A. Manser (SP), Martin Abele (Grüne), Min Li Marti (SP), Urs Rechsteiner (CVP), Mark Richli (SP)

Enthaltung: Präsidentin Marina Garzotto (SVP), 2. Vizepräsident Albert Leiser (FDP), Mauro Tuenna (SVP), Gian von Planta (GLP)

Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP), Verena Röllin (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros mit 85 gegen 27 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

#### **Die Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR) wird wie folgt geändert:**

Der Gemeinderat erlässt, gestützt auf Art. 34 der Gemeindeordnung, folgende Änderungen zur Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR):

#### **[Art. 6 Repräsentationszulagen für das Ratspräsidium und für die Mitglieder des Büros]**

<sup>1</sup>[...]

<sup>2</sup>[...]

<sup>3</sup>Für Repräsentationsaufgaben stehen dem Präsidium die im Voranschlag bewilligten Beträge für die Pressefahrt, Einladungen von Gästen, Präsente bei besonderen Ereignissen, Verabschiedungen und dergleichen zur Verfügung. Die Präsidentin oder der Präsident erhält während jener Kalenderjahre, in die ihre oder seine Amtsdauer fällt, entweder ein unpersönliches Jahresabonnement des Zürcher Verkehrsverbunds (ZVV) für die Zone 10 oder ein Dienstvelo der Stadt.

<sup>4</sup>[...]

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 9. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 8. Dezember 2011)

**1907. 2011/252****Weisung vom 06.07.2011:****Verein Offene Jugendarbeit Zürich (OJA), Beiträge 2012 bis 2015 für das Angebot «Job Shop/Info Shop»**

Ausstand: Isabel Garcia (GLP)

Antrag des Stadtrats

1. Dem Verein Offene Jugendarbeit Zürich (OJA) wird für das Angebot «Job Shop/Info Shop» ein jährlicher Maximalbeitrag von Fr. 375 000.– für die Jahre 2012 bis 2015 gewährt.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Ursula Uttinger (FDP), Referentin; Präsident Marcel Savarioud (SP), Salvatore Di Concilio (SP) i.V. von Dominique Feuillet (SP), Catherine Rutherford (AL), Maria Trottmann (GLP), Hans Urs von Matt (SP), Karin Weyermann (CVP), Thomas Wyss (Grüne)

Minderheit: Vizepräsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Referent; Sven Oliver Dogwiler (SVP), Hedy Schlatter (SVP)

Abwesend: Linda Bär (SP), Alain Kessler (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 22 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Dem Verein Offene Jugendarbeit Zürich (OJA) wird für das Angebot «Job Shop/Info Shop» ein jährlicher Maximalbeitrag von Fr. 375 000.– für die Jahre 2012 bis 2015 gewährt.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 9. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 8. Dezember 2011)

**1908. 2011/288****Weisung vom 13.07.2011:****Stiftung «Pro Offene Türen der Schweiz», Beiträge 2012 bis 2015 für das Selbsthilfezentrum Zürich**

Antrag des Stadtrats

1. Der Stiftung «Pro Offene Türen der Schweiz» wird ein jährlicher, maximaler Gesamtbeitrag von Fr. 285 110.– für die Jahre 2012 bis 2015 gewährt, der sich zusammensetzt aus einem leistungsabhängigen Betriebsbeitrag von Fr. 205 300.– (entsprechend dem Index von 99,8 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2010) und einer Kostenmiete von Fr. 79 810.–,

die dem Sozialdepartement vom Hochbaudepartement verrechnet wird.

2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

#### Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Thomas Wyss (Grüne), Referent; Präsident Marcel Savarioud (SP), Linda Bär (SP), Salvatore Di Concilio (SP) i.V. von Dominique Feuilleux (SP), Catherine Rutherford (AL), Maria Trottmann (GLP), Hans Urs von Matt (SP), Karin Weyermann (CVP)
Minderheit:	Ursula Uttinger (FDP), Referentin; Vizepräsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Sven Oliver Dogwiler (SVP), Hedy Schlatter (SVP)
Abwesend:	Alain Kessler (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 40 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Stiftung «Pro Offene Türen der Schweiz» wird ein jährlicher, maximaler Gesamtbeitrag von Fr. 285 110.– für die Jahre 2012 bis 2015 gewährt, der sich zusammensetzt aus einem leistungsabhängigen Betriebsbeitrag von Fr. 205 300.– (entsprechend dem Index von 99,8 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2010) und einer Kostenmiete von Fr. 79 810.–, die dem Sozialdepartement vom Hochbaudepartement verrechnet wird.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 9. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 8. Dezember 2011)

#### 1909. 2011/309

##### **Weisung vom 24.08.2011:**

##### **Grün Stadt Zürich, Kauf des ETH-Lehrwaldes, Tausch von Waldparzellen zwischen Stadt und Kanton Zürich, Objektkredit**

Antrag des Stadtrats:

1. Für den Kauf des auf Stadtgebiet gelegenen rund 192 ha umfassenden ETH-Lehrwaldes, samt einem Forstwerkhof und Forsthaus mit Anbau sowie dazugehörenden Maschinen, Mobiliar und einem Archiv sowie für den Tausch von verschiedenen Waldflächen zwischen Kanton und Stadt (Kauf einer Waldfläche vom Kanton von total 1 437 772 m<sup>2</sup> in Wiedikon (Gänziloo), Hottingen (Adlisberg) und Schwamendingen/Oberstrass (Zürichberg) sowie Verkauf einer Waldfläche an den Kanton von insgesamt 660 950 m<sup>2</sup> in Höngg (Hönggerberg) und Affoltern (Katzensee), wird ein Objektkredit von Fr. 5 374 985.–bewilligt.
2. Der Kauf- und Tauschvertrag zur Neuordnung der Waldeigentums- und Bewirtschaftungsverhältnisse im Kanton Zürich zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Eidgenössisch Technischen Hochschule Zürich, dem Kanton Zürich und der Stadt Zürich vom 12. August 2011 wird genehmigt.

3. Die bei Vollzug des Kauf- und Tauschvertrages gemäss vorstehender Ziffer anzutretenden Waldflächen werden in das Verwaltungsvermögen aufgenommen.

Schlussabstimmung

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsident Bernhard Piller (Grüne), Referent; Vizepräsident Kyriakos Papageorgiou (SP), Martin Bürlimann (SVP), Helen Glaser (SP), Joachim Hagger (FDP), Alexander Jäger (FDP), Simon Kälin (Grüne), Philipp Käser (GLP), Martin Luchsinger (GLP), Ruggero Tomezzoli (SVP), Michel Urben (SP), Mirella Wepf (SP), Bruno Wohler (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 114 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für den Kauf des auf Stadtgebiet gelegenen rund 192 ha umfassenden ETH-Lehrwaldes, samt einem Forstwerkhof und Forsthaus mit Anbau sowie dazugehörenden Maschinen, Mobiliar und einem Archiv sowie für den Tausch von verschiedenen Waldflächen zwischen Kanton und Stadt (Kauf einer Waldfläche vom Kanton von total 1 437 772 m<sup>2</sup> in Wiedikon (Gänziloo), Hottingen (Adlisberg) und Schwamendingen/Oberstrass (Zürichberg) sowie Verkauf einer Waldfläche an den Kanton von insgesamt 660 950 m<sup>2</sup> in Höngg (Hönggerberg) und Affoltern (Katzensee), wird ein Objektkredit von Fr. 5 374 985.–bewilligt.
2. Der Kauf- und Tauschvertrag zur Neuordnung der Waldeigentums- und Bewirtschaftungsverhältnisse im Kanton Zürich zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Eidgenössisch Technischen Hochschule Zürich, dem Kanton Zürich und der Stadt Zürich vom 12. August 2011 wird genehmigt.
3. Die bei Vollzug des Kauf- und Tauschvertrages gemäss vorstehender Ziffer anzutretenden Waldflächen werden in das Verwaltungsvermögen aufgenommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 9. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 8. Dezember 2011)

#### 1910. 2011/222

**Dringliche Motion der Fraktionen SP, Grüne und GLP vom 22.06.2011:  
Schaffung von zusätzlichem Platz für Fussgängerinnen und Fussgänger, Velofahrende und für Begegnungszonen rund um die städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesserlinie**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der SP-Fraktion begründet Simone Brander (SP) die Dringliche Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 1472/2011).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung siehe Sitzung Nr. 87, Protokoll-Nr. 1910/2011).

## E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 1911. 2011/405

#### **Postulat von Maria Trottmann (GLP) und 4 Mitunterzeichnenden vom 02.11.2011: Einbezug der Quartierbevölkerung bei der Beplanung des Areals Kehrichtheizkraftwerk Josefstrasse**

Von Maria Trottmann (GLP) und 4 Mitunterzeichnenden ist am 2. November 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie durch ein Mitwirkungsverfahren sicher gestellt werden kann, dass die Wünsche und Bedürfnisse der Quartierbevölkerung bei der Beplanung des Areals Kehrichtheizkraftwerk Josefstrasse in jedem wichtigen Planungsschritt einbezogen und berücksichtigt werden.

Begründung:

Am 13. September 2011 fand der Anlass „Der Phönix aus der Abfall-Asche? Ideen zur Umnutzung des Kehrichtheizkraftwerks Josefstrasse“ statt. VertreterInnen von AL, CVP, glp, Grüne, und SP haben diesen Anlass organisiert, im Wissen, dass im Jahr 2020 das Areal frei wird. Bis dahin soll in der im Jahr 1904 errichteten Kehrichtverbrennungsanlage Abfall aus dem grenznahen Ausland verbrannt werden, um die Fernwärmeversorgung von Zürich-West sicherzustellen.

Das 14'000 Quadratmeter grosse Areal liegt heute mitten im Industriequartier. Was darauf passieren soll, ist daher für die BewohnerInnen des Quartiers von grossem Interesse. An der Veranstaltung ging klar hervor, dass die QuartierbewohnerInnen sich mehr Grünfläche, mehr Freiraum aber auch mehr bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume wünschen. Hingegen unerwünscht sind Bürotürme, Einkaufszentrum und – sehr interessant – ein Verwaltungszentrum.

Die unmittelbare Umgebung des Areals ist im starken Wandel. Soeben wurde der Prime Tower eröffnet, die Sanierung der Hardbrücke und die neue Tramlinie Zürich-West stehen kurz vor dem Abschluss, der Bahnhof Hardbrücke platzt aus allen Nähten und soll im Rahmen des Möglichen noch vergrössert werden und allenfalls wird auf dem Geroldareal in Zukunft das Kongresshaus von Zürich stehen. Für dieses zentral gelegene Areal gibt es noch keine Pläne und daher bietet sich die einmalige Chance, die Wünsche und Ideen der Quartierbevölkerung aufzunehmen und in der Beplanung mitzubedenken.

Mitteilung an den Stadtrat

### 1912. 2011/406

#### **Postulat von Christoph Spiess (SD) und Patrick Blöchlinger (SD) vom 02.11.2011: Zoo Zürich, Verbesserung der Erreichbarkeit unter Verzicht der geplanten Seilbahn**

Von Christoph Spiess (SD) und Patrick Blöchlinger (SD) ist am 2. November 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Erreichbarkeit des Zoos vom Glattal her unter Verzicht auf die derzeit geplante Seilbahn verbessert werden kann.

Begründung:

Zürchs Naherholungsgebiete werden schon heute sehr stark beansprucht. Der Druck auf die Erholungsgebiete wird in Anbetracht der unkontrollierten Zunahme der Bevölkerungsdichte auch in Zukunft kaum geringer. Der Bau einer Seilbahn vom Bahnhof Stettbach zum Zoo wäre eine zusätzliche Belastung, Eingriffe in den Wald zum Bau von Masten unvermeidlich. Der Wald ist auch Lebensraum vieler Wildtiere, die heute schon vielerorts unter übermässigen Störungen durch menschliche Aktivitäten leiden. Dass in Stettbach keine Parkplätze gebaut werden sollen, wird nichts daran ändern, dass viele Seilbahnbenützer mit dem Auto anreisen. Damit wird die Verkehrsbelastung im angrenzenden Quartier Schwamendingen zunehmen. Der Betrieb und Unterhalt einer Seilbahn dürfte auch in finanzieller Hinsicht kaum günstiger sein als ein angemessener Ausbau der Erschliessung des Zoos mit den konventionellen öffentlichen Verkehrsmitteln.

(Tram, Bus). Die Stadt Zürich verhält sich in dieser Sache bisher erstaunlich passiv, obwohl die geplante Seilbahn fast gänzlich auf ihrem Gemeindegebiet verlaufen würde, Betreiberin aber nicht – wie demgemäss zu erwarten wäre – die VBZ sein sollen. So wie es derzeit aussieht, hätten wohl auch die Stimmberechtigten zur Frage einer Seilbahn nichts zu sagen. So geht es nicht. Es ist nun Zeit zum Handeln, bevor vollendete Tatsachen geschaffen werden. Der Stadtrat soll deshalb rasch alternative Lösungen für eine bessere öV-Erschliessung des Zoos vom Glattal ausarbeiten.

Mitteilung an den Stadtrat

#### 1913. 2011/407

**Postulat der SP-, Grüne-, CVP- und der AL-Fraktion sowie 4 Mitunterzeichnenden vom 02.11.2011:**

**Realisierung eines Ersatzneubaus für den Spiel- und Aufenthaltscontainer auf dem Areal des Kinderhauses Entlisberg**

Von der SP-, Grüne-, CVP- und der AL-Fraktion sowie 4 Mitunterzeichnenden ist am 2. November 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ein Ersatzneubau für den Spiel- und Aufenthaltscontainer auf dem Areal des Kinderhauses Entlisberg umgehend realisiert werden kann, damit auf diese Weise eine kleinkind- und behindertengerechte Infrastruktur eingerichtet werden kann und die Hortplätze am Standort Entlisberg erhalten bleiben.

Begründung:

Seit einiger Zeit ist klar, dass das städtische Kinderhaus Entlisberg zuwenig Krippenplätze bietet, und dass der alte Spiel- und Aufenthaltscontainer im Garten baufällig und deshalb als Krippenräumlichkeit für kleine Kinder nicht geeignet ist (Kälte, undichtes Dach, Schimmel, zuwenig Platz). 2003 beschloss die Stadt, den alten Container durch einen Neubau zu ersetzen, und 2007 wurde ein Architekturwettbewerb lanciert. Im Frühling 2011 fiel das Projekt den Sparvorgaben des überarbeiteten Budgets 2011 zum Opfer. Im Quartier formierte sich Widerstand gegen diese Einsparung, und es kam zu Kontakten mit der Stadt. Ende Oktober 2011 wurde eine Petition mit mehr als 750 Unterschriften aus dem Quartier eingereicht, die die umgehende Realisierung des bereits bewilligten Ersatzneubaus fordert. Das vorliegende Postulat nimmt diese Forderung auf und will den Anliegen der Quartierbevölkerung zum Durchbruch verhelfen.

Mitteilung an den Stadtrat

#### 1914. 2011/408

**Postulat von Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP) und Christian Traber (CVP) vom 02.11.2011:**

**Verkauf des Grundstücks unterhalb des Restaurants «Bürgli» an die Stiftung PWG oder an eine andere gemeinnützige Institution**

Von Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP) und Christian Traber (CVP) ist am 2. November 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Wir bitten den Stadtrat zu prüfen ob das Grundstück unterhalb des Restaurants «Bürgli» in Zürich Wollishofen statt dem Meistbietenden der Stiftung PWG oder einer anderen gemeinnützigen Institution verkauft werden kann.

Begründung:

Gemäss Recherchen der Zeitung „Zürich 2“ plant die Stadt, das in ihrem Besitz befindliche Areal unterhalb des Restaurants Bürgli in Wollishofen an den Meistbietenden zu verkaufen. Ein solcher Verkauf widerspricht dem in mehreren Abstimmungen geäusserten Willen der Bevölkerung, angesichts der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt, den genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungsbau zu stärken. Ebenso widerspricht ein solcher Verkauf den Zielen des Gegenvorschlags zu den Wohninitiativen von EVP, GP und SP, der am 27. November 2011 zur Abstimmung gelangt und der vom Gemeinderat und vom Stadtrat zur Annahme empfohlen wird. Die Umsetzung des Gegenvorschlags ist nur möglich, wenn Land, das sich bereits im Besitz der Stadt befindet, im Regelfall an Genossenschaften abgegeben wird, auch zu einem

Preis unterhalb eines allfälligen Höchstgebots. Interessierte Genossenschaften sind gemäss eigenen Recherchen vorhanden.

Mitteilung an den Stadtrat

Die vier Postulate werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

#### 1915. 2011/409

**Schriftliche Anfrage von Roland Scheck (SVP) und Dr. Daniel Regli (SVP) vom 02.11.2011:**

**Parkplatzbilanz im Zusammenhang mit Strassenbauprojekten**

Von Roland Scheck (SVP) und Dr. Daniel Regli (SVP) ist am 2. November 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Betrachtet man die Strassenbauprojekte und die entsprechenden Parkplatzbilanzen der vergangenen Jahre, entsteht der Eindruck, dass die Stadt Zürich mit System den schleichenden Abbau von Parkplätzen vorantreibt. Viele Planaufgaben lassen vermuten, dass im Sinne eines Prinzips der kleinen Schritte jeweils mindestens 2 Parkplätze pro Strassenbauprojekt aufgehoben werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Parkplätze wurden in den Jahren 2007, 2008, 2009, 2010, 2011 anlässlich von öffentlich aufgelegten Strassenbauprojekten nach Art. 16/17 Strassengesetz neu geschaffen? (Bitte um Angabe der Anzahl Parkplätze nach Projekt/Kalenderjahr, unterschieden nach blauen und weissen Zonen).
2. Wie viele Parkplätze wurden in den Jahren 2007, 2008, 2009, 2010, 2011 anlässlich von öffentlich aufgelegten Strassenbauprojekten nach Art. 16/17 Strassengesetz abgebaut? (Bitte um Angabe der Anzahl Parkplätze nach Projekt/Kalenderjahr, unterschieden nach blauen und weissen Zonen).
3. Welche internen Direktiven bestehen im Tiefbauamt in Bezug auf den Erhalt, den Ausbau oder die Reduktion von Parkplätzen anlässlich der Projektierung von Strassenbauprojekten?
4. Weshalb wird bei gewissen öffentlichen Planaufgaben keine Parkplatzbilanz ausgewiesen, obwohl in den zugehörigen Plänen Änderungen der bestehenden Parkierung eingezeichnet sind?

Mitteilung an den Stadtrat

#### **K e n n t n i s n a h m e n**

#### 1916. 1998/151

**Brückenschlag Uri–Zürich, Erneuerungswahl eines weiteres Mitglieds für das Amtsjahr 2010-2014**

Mit Beschluss vom 31. Oktober 2011 wählte das Büro des Gemeinderates:

Kyriakos Papageorgiou (SP)

Mitteilung an den Landrat Uri, an den Stadtrat und an den Gewählten

Nächste Sitzung: 2. November 2011, 20.30 Uhr.